

Amadeu Antonio **Stiftung**
Schleswig-Holsteinischer Landtag
Innenausschuss
Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

13. November 2019

Schriftliche Stellungnahme

für den Innen- und Rechtsausschuss des Schleswig-Holsteinischen Landtags

zum Gesetzentwurf „**Besserer Schutz von Demokratinnen und Demokraten gegen rechtsextreme Bedrohungen**“ der Fraktion der SPD (Drucksache 19/1605) und zum Gesetzentwurf „**Rechtsextreme Bedrohungen bekämpfen**“ der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP (Drucksache 19/1664)

Wenige Tage nach Erscheinen der selbst im US-Kongress diskutierten Studie „Hate Beyond Borders: The Internationalization of White Supremacy“¹, die die Amadeu Antonio Stiftung Anfang Oktober 2019 in Kooperation mit der Anti-Defamation League (ADL) und verschiedenen europäischen Partnerorganisationen veröffentlichte, bestätigte der grausame Anschlag von Halle die Thesen der Expert*innen auf tragische Weise. Die Taten von Stephan B. stehen emblematisch für die Internationalisierung des gewaltbereiten Rechtsextremismus in Online-Communitys, in denen sich Täter*innen gegenseitig beeinflussen, beraten und ermutigen. Von diesem Milieu geht eine umso größere Gefahr aus, insofern es Prinzipien islamistischen Terrors übernimmt und neben gezielt ausgewählten Opfergruppen nun ebenfalls eine größtmögliche Zahl an Opfern ins Ziel nimmt. Ebenso wird das von islamistischen Terrorgruppen wie Al-Qaida aktualisierte Prinzip des „führerlosen Widerstandes“ propagiert, sodass Anschläge zunehmend von autonom agierenden Kleingruppen oder Einzelpersonen geplant und durchgeführt werden, die qua Bekenntnis Teil der rechtsterroristischen Bewegung werden. **Die Wahrscheinlichkeit rechtsterroristischer Anschläge aus dieser Tätergruppe ist nach Halle so hoch wie nie zuvor und der Schutz potentiell Betroffener muss dauerhaft gewährleistet sein.**

¹ Vgl. ADL, Amadeu Antonio Stiftung et al., „Hate Beyond Borders: The Internationalization of White Supremacy“: <https://www.adl.org/resources/reports/hate-beyond-borders-the-internationalization-of-white-supremacy>.

Aktuelle Beispiele für Todes- und Feindeslisten

In den vergangenen Jahren fanden Ermittlungsbehörden allerdings auch bei Angehörigen der klassischen rechtsextremen Szene mehrfach sogenannte „Feindeslisten“ mit Namen und Adressen politischer Gegner*innen.²

So hatte laut Auskunft der Bundesregierung³ der „Nationalsozialistische Untergrund“ (NSU) eine Liste von rund 10.000 Namen politischer Gegner*innen angelegt. Außerdem wurden bei seiner Enttarnung eine Liste mit 233 jüdischen Einrichtungen, Stadtpläne mit 386 markierten Adressen von Politiker*innen und migrantischen Geschäften und Institutionen sowie 24 Namen von Beteiligten des NPD-Verbotsverfahrens gefunden.

Im Zuge der Ermittlungen gegen den rechtsextremen Bundeswehrsoldaten Franco A. und zwei mutmaßliche Komplizen fanden Ermittler neben Waffen, Munition und Sprengkörpern auch Listen mit Namen von Politiker*innen. Auch die Amadeu Antonio Stiftung fand sich auf der Feindesliste von Franco A., der darüber hinaus eines der Büros der Stiftung ausgespäht und Skizzen der Örtlichkeit angefertigt hatte.

Wie Recherchen u.a. der Tageszeitung taz⁴ ergaben, war Franco A. dem „Hannibal“-Netzwerk von Rechtsextremen in Polizei und Bundeswehr verbunden. Ebenfalls Teil dieses Netzwerks war die extrem rechte Prepper-Gruppierung „Nordkreuz“. Bei Mitgliedern der Gruppe wurden außer Waffen und rund 60.000 Schuss Munition eine Liste mit etwa 60 regionalen politischen Gegner*innen gefunden, die mit teilweise detaillierten Anmerkungen versehen war. Mitglieder der Gruppe hatten darüber hinaus Zugang zu einem Datensatz⁵ mit rund 25.000 Adressen von Kunden eines links-alternativen Online-Versandhandels, der seit 2014 im Netz verfügbar ist.

Das Erstellen solcher Feindeslisten ist seit Jahrzehnten Praxis bei gewaltbereiten Rechtsextremen („Anti-Antifa-Arbeit“) und wird in Anleitungen rechtsterroristischer Vereinigungen wie Combat 18 propagiert. So standen Betroffene der rechtsterroristischen Anschlagsserie in Berlin-Neukölln auf

² Belltower.News-Übersicht zu Feindeslisten: <https://www.belltower.news/rechtsextreme-todeslisten-und-feindeslisten-eine-uebersicht-8676>

³ Vgl. Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Bundestagsfraktion Die Linke zum Thema, Bundestagsdrucksache 19/335: https://www.linksfraktion.de/fileadmin/user_upload/PDF_Dokumente/KIAnf_Linke_19_3350_RS_und_Antwort.pdf .

⁴ Vgl. taz: <https://taz.de/Rechtes-Netzwerk-in-der-Bundeswehr/!5548926/>

⁵ Vgl. Störungsmelder: https://blog.zeit.de/stoerungsmelder/2016/09/20/extrem-rechter-anonymous-fake-veroeffentlicht-tausende-adressen-vermeintlicher-antifaschisten_22343.

einer bis 2012 öffentlich einseharen Feindesliste der Gruppe „Nationaler Widerstand Berlin“. Der 2019 ermordete CDU-Politiker Walter Lübcke war Teil der „Zehntausender“-Liste des NSU.

Seit Mitte 2018 gehen bei Politiker*innen, Journalist*innen, Prominenten und demokratischen Organisationen immer wieder rechtsextreme Drohmails ein, die mit „Die Musiker des Staatsstreicherorchesters“ unterzeichnet sind.⁶ Auch nach der Verhaftung des Tatverdächtigen André M. aus Schleswig-Holstein gingen weitere Mails mutmaßlicher Nachahmer*innen ein – die Spur führt zu Foren im Dark Web, in denen Kopfgelder auf einzelne Personen ausgesetzt werden.

Die Information von Betroffenen kann Leben retten

Die lange Geschichte des Rechtsterrorismus⁷ und die Häufung rechtsterroristischer Anschläge im Jahr 2019 (in Deutschland die Ermordung Walter Lübckes und der Anschlag in Halle, international die Anschläge von Christchurch und El Paso) zeigt, dass die Bedrohung, die von den im Verfassungsschutzbericht 2019 genannten 12.000 gewaltbereiten Rechtsextremisten⁸ in Deutschland ausgeht, unbedingt ernst zu nehmen ist.

Personen, deren Namen auf Feindeslisten auftauchen, sind in jedem Fall aktiv und unverzüglich nach Bekanntwerden zu informieren. Mit dieser Information müssen fundierte Einschätzungen der konkreten Bedrohungslage sowie umfassende Informations- und Beratungsangebote zu Sicherheitsfragen und möglichen juristischen Schritten bis hin zu psychologischer Begleitung einhergehen. Die Amadeu Antonio Stiftung und mit ihr verbundene Personen sind verschiedentlich selbst darüber informiert worden, auf Feindeslisten zu stehen. Hier war es wenig hilfreich und führte eher zu Verunsicherungen, dass wichtige Informationen erst nach und nach oder auf Nachfrage aufgrund von Presseberichten herausgegeben wurden.

So informierte das LKA nach Franco A.s Festnahme die Vorstandsvorsitzende der Amadeu Antonio Stiftung Anetta Kahane am 3. Februar 2017 darüber, dass sich ihr Name auf einer Liste mutmaßlicher Anschlagziele fände und bot ein Sicherheitsgespräch an. Erst aus einem SPIEGEL-Artikel vom 9. Mai 2017 erfuhr die Amadeu Antonio Stiftung, dass dieser Liste auch eine Skizze des Berliner Büros der Stiftung beilag. Das LKA Berlin bestätigte daraufhin, dass es sich um eine Skizze der umliegenden Straßen gehandelt habe, auf der die Lage des Stiftungsbüros markiert sei. Am 7. Juni 2018 gab das OLG Frankfurt am Main in einer Pressemitteilung bekannt, dass Franco

⁶ Vgl. Belltower.News: <https://www.belltower.news/nsu2-0-wehrmacht-und-staatsstreicherorchester-weitere-rechtsextreme-drohmails-trotz-festnahme-83905/>

⁷ Vgl. Tagesschau.de: <https://www.tagesschau.de/faktenfinder/chronologie-rechtsterrorismus-101.html>

⁸ Vgl. Berliner Zeitung: <https://www.berliner-zeitung.de/politik/verfassungsschutzbericht-12-000-gewaltbereite-rechtsextremisten-in-deutschland-32764182>

A. in die nicht öffentlich zugängliche Tiefgarage eines Gebäudes eingedrungen sei, in dem eine ausgespähete Person arbeitete, und mit seinem Mobiltelefon dort geparkte Fahrzeuge fotografierte. Erst auf Nachfrage wurde uns bestätigt, dass es sich um die Tiefgarage der Stiftung handelte.

Für potentielle Opfer von Rechtsterrorismus eine Anlaufstelle bei Innenministerium oder den Polizeibehörden einzurichten, ist unseres Erachtens sinnvoll. Auch zivilgesellschaftliche Beratungsstellen (in Schleswig-Holstein etwa zebra e.V. oder bundesweit der VBRG) bündeln in teils jahrzehntelanger Arbeit Erfahrung und Expertise zum Thema und sollten in den Planungsprozess einer Anlaufstelle eingebunden werden.

Gleichzeitig haben diese zivilgesellschaftlichen Akteure über Jahre für Opferarbeit unerlässliches Vertrauen und Kontakte aufgebaut. **Bemühungen zum Opferschutz von staatlicher Seite sind unbedingt zu begrüßen, dürfen aber nicht zulasten niedrigschwelliger zivilgesellschaftlicher Beratungsangebote gehen.** Im Gegenteil sollte der erkannte höhere Bedarf zu einer Erhöhung und Entfristung der Fördermittel für zivilgesellschaftliche Beratungsstellen führen (schon passiert?).

Zivilgesellschaftliche Akteure im Fokus rechtsextremer Gewalt

Denn die demokratische Zivilgesellschaft ist nicht nur in der Beratung und Betreuung von Betroffenen rechtsterroristischer Gewaltandrohungen aktiv, sondern in steigendem Maße selbst Opfer rechtsextremer Hetze und Übergriffe. Organisationen und Einzelpersonen, die sich für eine offene, demokratische Gesellschaft und gegen Rechtsextremismus engagieren, stehen konstant im Fokus einer rechtsradikalen Gegenöffentlichkeit, die sich einerseits in Sozialen Medien, im Umfeld einschlägiger Blogs und in Internetforen sammelt. Andererseits nutzt die AfD als parlamentarischer Arm der extremen Rechten mit Anfragen in Parlamenten auch demokratische Mittel um zivilgesellschaftliches Engagement zu diffamieren. Immer häufiger folgen Shitstorms und rechtsradikaler Hetze auch tätliche Angriffe in der realen Welt, die Engagierte verängstigen und entmutigen.

Zivilgesellschaftliche Akteure wissen daher, dass Gefahreneinschätzungen der Sicherheitsbehörden, die nur anlassbezogen, z.B. nach Anschlägen oder konkreten Drohungen, besondere Schutzmaßnahmen wie vorübergehende Bestreifung von Objekten oder Personenschutz ergreifen, nicht mehr angemessen sind. Durch die konstante rechtsradikale Gegenöffentlichkeit im Internet hat sich dort ein Milieu gebildet und radikalisiert, das unverhohlen menschenverachtende und gewaltbereite rechtsextreme Positionen teilt. Von dieser Gruppe, der sowohl Walter Lübckes Mörder Stephan E. als auch der Attentäter von Halle Stephan B. zuzurechnen ist, geht eine **durchgehende, strukturelle Bedrohung aller engagierten Demokrat*innen** aus. Das umfasst Mitarbeiter*innen von NGOs ebenso wie kritische Journalist*innen und Politiker*innen, die deutliche Haltung beziehen.

Vor diesem Hintergrund ist die Ankündigung, nach dem Anschlag in Halle lediglich Lokalpolitiker*innen zusätzlichen Schutz anbieten zu wollen, für andere Betroffene empörend. Gerade zivilgesellschaftliche Träger müssen dieser Bedrohungslage mit einer Verstärkung eigeninitiativer Sicherheitsmaßnahmen begegnen. Dafür brauchen sie neben politischer auch finanzielle Unterstützung, wie sie zu Beginn des Jahres die SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus in Aussicht stellte,⁹ um präventiv als auch nach stattgefundenen Angriffen reagieren zu können.

Fabian Schroers und Timo Reinfrank, Amadeu Antonio Stiftung, November 2019

⁹ Vgl. Tagesspiegel: <https://www.tagesspiegel.de/berlin/berliner-spd-fraktionsklausur-spd-richtet-fonds-fuer-betroffene-politisch-motivierter-gewalt-ein/23884860.html>